

weiße Rasse in Indien, d. h. durch die britische Herrschaft, ein Chaos von Blutvergießen und Gewalttätigkeit vermieden würde. Ob Wilson bei seinen Vierzehn Punkten an Indien gedacht hat, ist ungewiß. Auf jeden Fall wurden die indischen Unabhängigkeitspolitiker durch die Verkündung der Vierzehn Punkte ermuntert, sich in Amerika nach Hilfe umzusehen.

Der erste Inder, der in Amerika um Verständnis für die Situation der Kolonie warb, war der Hindu Swami Vivekananda, der anlässlich der Weltreligionskonferenz von Chicago im Jahre 1893 eine flammende Anklage gegen die Kolonialherrschaft vorbrachte. Aber erst nach dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich in Amerika eine breitere proindische Propaganda. Sie wurde vor allem von Religionsgemeinschaften getragen. Das Ziel dieser proindischen Bewegung in den Vereinigten Staaten war es, die Regierung zu einer indienfreundlichen Politik zu bewegen, insbesondere sie dahin zu bringen, daß sie Großbritannien zu einer Entlassung Indiens aus der britischen Herrschaft dränge.

Nach den Untersuchungen des Verfassers haben hier die vermuteten wirtschaftlichen Interessen keine nennenswerte Rolle gespielt. Großbritannien hat sich einem solchen amerikanischen Drängen zur Aufgabe des wichtigsten Teiles seines kolonialen Reiches entgegengestellt, während in Amerika die Sympathie für Indien immer stärker wurde, bis während des Zweiten Weltkrieges Gandhi sogar anregte, amerikanische Truppen sollten zum Schutz Indiens gegen einen japanischen Angriff in die Kolonie einrücken. Das Vertrauen der indischen Politiker in die Vereinigten Staaten als ihre Verbündeten gegen Großbritannien ist nach Ansicht des Verfassers damals am größten gewesen. Als Zeugnisse dieses Vertrauens fügt der Verfasser dem Buch zwei Briefe und einen Bericht an, die Nehru, Gandhi und ein amerikanischer Beobachter in Indien an Roosevelt gesandt haben.

Für die Frage, ob es eine antikoniale Solidarität zwischen den Vereinigten

Staaten und Indien gegeben hat, kommt das Buch zu einer verneinenden Antwort. Es verneint auch die Frage, ob Wirtschaftsinteressen für die amerikanische Indien-Politik nach Durchsetzung des Selbstbestimmungsprinzips ausschlaggebend gewesen seien. Das Buch kommt vielmehr zu dem Ergebnis, daß das amerikanische Engagement für die Unabhängigkeit Indiens eine Frucht der Aktivität indischer Unabhängigkeitspolitiker gewesen ist. Nicht die amerikanische Geschichte hat die Vereinigten Staaten aus eigenem Antrieb zum Verfechter der indischen Unabhängigkeit werden lassen, sondern die indischen Politiker haben unter Hinweis auf die amerikanische Geschichte die Vereinigten Staaten zum Verbündeten ihrer Politik gewonnen. Das Buch erlaubt sicherlich noch kein abschließendes Urteil über Amerikas Haltung zu den Unabhängigkeitsbewegungen des 20. Jahrhunderts. Es ist jedoch geeignet, einige verbreitete Vorstellungen über die Intentionen der amerikanischen Dekolonisierungspolitik zu erschüttern.

Dieter Schröder

HORST JAECKEL

Die Nordwestgrenze in der Verteidigung Indiens 1900—1908 und der Weg Englands zum russisch-britischen Abkommen von 1907

Köln und Opladen 1968, Westdeutscher Verlag, 296 S., DM 29,—

Die Nordwestgrenze Indiens bzw. Pakistans ist nach wie vor ein schweres Problem der indischen bzw. pakistanischen Politik. Die Grenze ist eine von Großbritannien geschaffene Trennungslinie quer durch stammesmäßige Zusammenhänge, und ihre Künstlichkeit wirkt bis heute nach. Die nicht immer freundliche Haltung des afghanischen Königs in Kabul und die unkontrollierbare Bewegung der Bergstämme an der Grenze zum indischen Subkontinent, die sich nicht nur einer Kontrolle der europäischen Kolonialmacht des Subkontinents, sondern auch einer Kontrolle

des Herrschers von Afghanistan mit Erfolg entzogen haben und bis heute teilweise mit Erfolg entziehen, bildeten einen Faktor der Labilität der britischen Herrschaft in Indien, der zur existenziellen Bedrohung wurde, als Rußland sich zu Anfang des 20. Jahrhunderts nach seiner Niederlage im Krieg mit Japan einer Ausdehnung seines mittelasiatischen Einflußbereichs zuwandte. Die britische Indienregierung wollte gegen diese neue Bedrohung der Nordwestgrenze der Kolonie mit militärischen Vorkehrungen rüsten. Die damit verbundenen finanziellen Belastungen standen jedoch im Widerspruch zu den Zielen der Regierung in London, die sich von einer Steuersenkung eine Verbesserung der Wirtschaftsentwicklung versprach. Die Aufgabe der britischen Diplomatie wurde es in dieser Situation, einen Interessenausgleich zwischen England und Rußland herbeizuführen, der unter Verzicht auf die Belastungen einer militärischen Rüstung eine Sicherung der Nordwestgrenze Indiens bewirkte. Das Ergebnis dieser Bemühungen war das britisch-russische Abkommen von 1907.

Der Verfasser arbeitet die diplomatische Geschichte dieser Phase britisch-russischer Politik an Hand englischer Akten und Nachlässe heraus und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur europäischen diplomatischen Geschichte. Darüber hinaus zeigt die Untersuchung des Verfassers aber auch beispielhaft, welche Überlegungen zu kolonialen Abgrenzungen geführt haben, und ein Blick auf die jüngste Entwicklung macht deutlich, daß sich heute für die Staaten des indischen Subkontinents in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion genau so, wenn nicht in noch schärferem Maße die Alternative stellt: Rüstung und Vernachlässigung der Entwicklung oder Diplomatie und Interessenausgleich.

Es ist selbstverständlich, daß der vom Verfasser untersuchte diplomatische Vorgang nicht eine modellhafte Lösung für die Probleme der Gegenwart bietet. Eine solche Annahme würde verkennen, daß das Abkommen von 1907 nur auf der Basis des ausgebauten diplomatischen Systems des 19. Jahrhunderts

richtig einzuschätzen ist. Der Vergleich mit dem untersuchten Modell zeigt jedoch, vor wieviel größeren Problemen die nachkolonialen Staaten in der Gegenwart stehen, wo es nicht mehr ein solches diplomatisches System gibt.

Dieter Schröder

STOKKE, BAARD RICHARD

Soviet and Eastern European Trade and Aid in Africa

Frederick A. Praeger, New York, Washington und London 1967, XX, 326 S.

In einer sehr sorgfältigen Analyse untersucht der Autor die Handels- und Entwicklungshilfebeziehungen, die sich zwischen der Sowjetunion und den europäischen Ostblockländern einerseits und den neuen afrikanischen Staaten andererseits seit Mitte der fünfziger Jahre bis hin zur Gegenwart entwickelt haben (die Volksrepublik China, Albanien und Jugoslawien werden aufgrund ihrer von den genannten Ländern unterschiedlichen Beziehungen mit Afrika in der vorliegenden Arbeit nicht behandelt). Obwohl Mitte 1965 vom gesamten Außenhandel Afrikas nur ca. 5,3 % auf den Handel mit dem Ostblock entfielen, wird dieser Anteil vom Autor dennoch als beachtlich bezeichnet, zumal da der Handel noch zehn Jahre vorher quasi null war und erst mit dem Abschluß des Handelsabkommens zwischen der Sowjetunion und Ägypten im Jahre 1954 ein größerer Schritt zur Aufnahme bedeutenderer Handelsbeziehungen getan wurde. Seitdem haben 22 Staaten Afrikas mit Ostblockländern Handelsabkommen getroffen; 14 Staaten erhielten in größerem Umfang Entwicklungshilfe.

Die Motive der Ostblockstaaten und der afrikanischen Länder für eine Verstärkung der Handelsbeziehungen und auch für eine Zusammenarbeit auf entwicklungspolitischem Gebiet, sieht der Verfasser im politischen wie wirtschaftlichen Bereich. Insbesondere der Sowjetunion ging es darum, nach der Stagnation der sowjetischen Expansionsbemühungen in Osteuropa ein neues ideologisches Betätigungsfeld zu erschließen.